

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung im Pflegebereich der oö.
Krankenanstalten**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, ein Handlungskonzept für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung im Pflegebereich der oö. Krankenanstalten zu entwickeln und umzusetzen.

Begründung

Die Anzahl der Pflegekräfte auf 1.000 Einwohner ist in Österreich verhältnismäßig niedrig. Nach Daten der OECD (Bundesministerium für Gesundheit: Das österreichische Gesundheitswesen im internationalen Vergleich. (2012) S. 52-53.) befindet sich Österreich, was die sogenannte Pflegedichte betrifft, mit 7,7 Pflegepersonen pro 1.000 Einwohner auf Platz 16 unter 24 erhobenen OECD-Staaten.

Nach wie vor gibt es oberösterreichische Krankenhäuser, in denen eine Pflegekraft im Nachtdienst bis zu 35 PatientInnen betreuen muss. Das hohe Verantwortungsbewusstsein des Pflegepersonals führt auch im Krankheitsfall zu einer sehr hohen Anwesenheit im Dienst. Die in den Krankenhäusern durchgeführten Befragungen lassen darauf schließen, dass jede zweite Pflegekraft einmal im Jahr krank in die Arbeit geht. Dem ohnehin schon überlasteten

Pflegepersonal werden ohne nennenswerten personellen Ausgleich zusätzlich auch noch bislang nicht wahrgenommene Aufgaben übertragen.

In der Studie „Pflegenotstand in Österreich“ des Ludwig Boltzmann Institutes für Medizin- und Gesundheitssoziologie werden die körperlichen Belastungen in der Pflege mit jenen von Bauarbeitern verglichen. Die Berufsausübung bis zum gesetzlichen Regelpensionsalter wird demnach kaum erreicht.

Seit 2006 sinken die inflationsbereinigten Löhne im öffentlichen Dienst und somit auch in der Pflege um 0,5 Prozent. Im Vergleich dazu gab es im Schnitt ein inflationsbereinigtes zirka 4-Prozent-Plus bei den ArbeiterInnen. Auch durch den Gehaltsabschluss 2014 wurde diese Entwicklung fortgesetzt. Erst der Abschluss 2015 wurde mit einem minimalen 0,1-Prozent-Plus über der Inflationsrate verhandelt. Vor diesem Hintergrund ist die Landesregierung gefordert, entsprechende Verbesserungen bei Arbeitsbedingungen und Entlohnung für die Beschäftigten im Pflegebereich zu verwirklichen.

Linz, am 5. März 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Röper-Kelmayr, Müllner, Pilsner, Krenn, Weichsler-Hauer, Rippl, Affenzeller, Makor, Bauer, Promberger, Eidenberger, Schaller